

W. J. Bryan

über die Wahlfragen.

Nachstehend bringen wir das Annahmeprogramm des demokratischen Präsidentschafts-Candidaten William Jennings Bryan. An das demokratische National-Conventions-Comité, mit dem Congress-abgeordneten James D. Richardson als Vorsitzender, gerichtet, ist es im Wesentlichen wie folgt:

Da ich in meiner Notifikation über das längere die hervorragende Wahlfrage, den Imperialismus, erörtert und auch einige Bemerkungen über Militarismus und den Burenkrieg hinzugefügt habe, so genügt es, wenn hier noch die übrigen Punkte der Plattform kurz betrachtet werden.

In geförderter Weise betont die Plattform die Truffrage. Das erscheinende Wahlsystem von Combinationen zur Beschränkung der Handlungsfreiheit unter der jetzigen National-Administration beweist über allen Zweifel, daß die republikanische Partei es entweder an der Bereitwilligkeit oder an der Fähigkeit mangelt, die Truffrage in wirksamer Weise anzupacken. Wenn man aus den Reden und der Haltung der republikanischen Führer schließen darf, diese Partei nicht die Fähigkeit hat, sich in dieser Frage auf die Seite des Volkes zu stellen, so ist die schwache und verfallene Vererbung der Truffrage, wie wir sie in der republikanischen Plattform finden, nur darauf beschränkt, die Aufmerksamkeit abzulenken, während der industrielle Despotismus sein Werk vollendet.

Das Privatmonopol war immer der Feind des Gesetzes. Und keine Verhinderung ist möglich für ein industrielles System, unter dem ein Mann oder ein paar Männer für ihre ausschließliche Vererbung die zu erzeugende Menge oder den Preis einer gewissen Waare bestimmen können. Unter einem solchen System wird der Consumt durch unverhältnißmäßige Preise ausgetrieben; der Erzeuger von Rohstoffen hat nur einen Käufer und muß zu dem willkürlich festgesetzten Preise verkaufen; der Arbeiter hat nur einen Arbeitgeber und ist außer Stande, sich gegen ungerechte Löhne oder Arbeitsbedingungen zu wehren; der kleine Kaufmann ist dem Speculanten auf Grunde und Ungnade ergeben; und der Geschäftsfreudige wird überflüssig und trägt sein bisheriges Salär nur noch weiteren Schwelgerei des Truffregiments bei. Da nur ein kleiner Teil des Volkes an den Vorteilen theil hat, die durch das Privatmonopol erzielt werden, so folgt daraus, daß der Rest der Bevölkerung nicht allein von diesen Vorteilen ausgeschlossen, sondern das hilflose Opfer jedes organisierten Monopols ist.

Es ist schwer, die Ungerechtigkeit, die auf diese Weise verübt wird, zu überschätzen oder die schädlichen Wirkungen dieser Ungerechtigkeit auf die politische und sociale Wohlfahrt des Volkes zu berechnen. Unsere Plattform vertritt die Idee, daß die Anwendung verschiedener Special-Steuerarten zu einer unaufrichtigen Bekämpfung des Privatmonopols auf der ganzen Linie — innerhalb der Jurisdiction des Bundes, der Einzelstaaten sowie der verschiedenen Municipalitäten. Ich stimme diesem Vorschlag aus vollem Herzen bei. Wenn er nicht, so wird es mein ernstes Bestreben sein, diese Vorschläge dem Volke wie dem Buchstaben nach zu erfüllen. Ich werde einen Generalaufruf ausgeben, der ohne Furcht oder Gunst die bestehenden Gesetze vollstreckt wird. Ich werde ferner solche weitere Gesetze zur Annahme empfehlen, wie sie nicht sein werden, um jedes Privatmonopol, das außerhalb des Staates seines Ursprungs Geschäfte macht, aufzulösen. Und wenn es sich, was ich nicht glaube und hoffe, herausstellen sollte, daß ein Verfassungsamendement nöthig ist, um dieses Ziel zu erreichen, so werde ich ein solches Amendement empfehlen, das, ohne die bestehenden Rechte der Einzelstaaten im Geringsten zu verletzen, den Congress in den Stand setzt, die Bürger aller Staaten vor Schädigung durch Einzelpersonen oder durch Corporationen, die zwischenstaatlichen Handel treiben, zu bewahren.

Dinglen-Gesetz.

Die Plattform kennzeichnet das Dinglen-Gesetz treffend, wenn ich es als eine Truffrausbreitungsmaßregel verdamme, die in berechneter Weise zu dem Zwecke erlassen wurde, einigen wenigen Begünstigungen zuzuwenden, die sie nicht haben und den Massen Lasten aufzulegen, die sie nicht tragen sollten. Unter dem Dinglen-Gesetz können die Truffs das Volk der Vereinigten Staaten ausplündern, während sie auf dem Weltmarkt in erfolgreicher Weise mit den Fabrikanten anderer Länder concurriren. Sogar jene, die im Allgemeinen Anhänger der Schutz-zölle sind, werden es schwer finden, einen Tarif zu verteidigen, der einen Truff befähigt, den Bürgern des eigenen Landes übermäßige Zollabgaben zu entziehen.

Corporationen und Politik.

Die demokratische Partei führt keinen Krieg gegen ehrlich erworbenen Reichtum; ebenso wenig sucht sie Corporationen in Verlegenheit zu bringen, die einem ehrlichen Geschäftsbetrieb obliegen; aber sie protestirt mit aller Entschiedenheit gegen Corporationen, die in die Politik eingreifen und die Regierungsmaschinerie ihren Zwecken dienstbar zu machen suchen. Corporationen sind nicht für politische Zwecke organisiert; sie sollten gesteuert werden, sich auf die Zwecke zu beschränken, die in ihrer Organisationsurkunde (Charter)

angegeben sind. Welche Corporationen, die einem legitimen Geschäftsbetrieb obliegen, werden es in ihrem eigenen Vortheil finden, zur Herbeiführung von Gesetzgebung mitzuwirken, die sie vor dem unerbittlichen Diktum schützt, das durch jene Corporationen auf sie gebracht wird, die in die Politik hineingreifen.

Zwischenstaatlicher Handel.

Die republikanische Partei hat sich beharrlich geweigert, dem bringenden Eruchen der Zwischenstaatlichen Handels-Commission (Interstate Commerce Commission) um eine solche Erweiterung ihrer Gewalt, daß sie die Hoffnungen, die bei ihrer Schaffung in die Welt gesetzt wurden, erfüllen könnte, zu entsprechen. Die demokratische Partei ist für Gesetzgebung verpflichtet, welche die Commission befähigen wird, Einzelpersonen sowohl wie ganze Truffrauen vor ungerathen Frachtunterdrückungen zu bewahren und das ganze Volk gegen unbillige Frachttarife zu schützen.

Wahlrecht.

Nachdem auf die wiederholte Forderung, die Doppelwählung statt der reinen Goldwählung mit ihrer Wanknoten-Ergänzung zur Grundlage unseres Geldwesens zu machen, sowie auf die Erklärung des Staatssekretärs Gay vom November 1898 an Lord Altonham hingewiesen ist, in dem erklärt wird, daß Präsident McKinley eine Mehrheit seines Cabinets immer noch der Ansicht seien, daß die Herbeiführung eines internationalen Leberintommens zur Einführung der Doppelwählung wünschenswert wäre, daß die Zeit zur Anknüpfung neuer Unterhandlungen zu diesem Zwecke nicht günstig sei, erklärt Herr Bryan:

„Das Gesetz, das vor noch nicht Jahresfrist erlassen wurde, enthält einen Schlussatz, in dem erklärt wird, daß das Gesetz der Wiedereinführung der Doppelwählung nicht im Wege stehen soll, wenn immer die Einführung unter der Mitwirkung anderer Nationen möglich wäre. Auch die Plattform, welche mit der Zustimmung des Präsidenten der letzten republikanischen Nationalconvention unterzeichnet wurde, enthält einen Hinweis auf die Möglichkeit, daß auswärtige Hilfe zur Wiedereinführung der Doppelwählung anzufragen werden mag. Jetzt, zum ersten Male, läßt die republikanische Partei ihre Vertheidigung der Doppelwählung fallen, um ein Geldsystem zu befürworten, das sie früher so oft und so nachdrücklich verdammt hat. Die demokratische Partei dagegen ist für die feste Vertheidigung der Gold- und Silber-Prägung, wie sie von der Verfassung vorgeschrieben ist, geblieben, und sie ist nicht gewillt, daß andere Nationen für uns bestimmen sollen, wann und in welcher Weise wir Silber wieder in seine alte Währungsgehalt-Rolle einsehen.“

Geldsystem.

Die Prägung von 16:1 brüht nicht nur das Verhältnis zwischen dem jetzt umlaufenden Gold- und Silbergeld im Lande aus, sie ist auch das Verhältnis, das selbst die republikanische Administration nicht zu ändern gewagt hat. Und sie ist das einzige Verhältnis, das von Jenen bestritten wird, die die Münzen der Silberprägung wieder öffnen wollen.

Ob der Senat, der jetzt der Doppelwählung feindlich ist, während der Campaigne von 1902 wieder geändert werden kann, ist nur festzustellen, wenn dann die Stimmen gezählt sind. Weder die gegenwärtige noch die künftige politische Führung des Congresses sollte aber eine bündige Erklärung über die Stellung der Partei in der Frage verhängen.

Greenback oder Banknote?

Die Umlaufmittel - Vorlage (Currency Bill) welche die Zustimmung des Präsidenten und der republikanischen Mitglieder des Senats und des Hauses erhalten hat, vertritt die Warnung, welche die demokratische Partei im Jahre 1896 gab. Es wurde damals vorausgesetzt, daß die republikanische Partei versuchen würde, die Greenbacks einzuziehen, obwohl die Partei und ihre Führer diese Absicht in jeder Weise zu verheimlichen suchten. Diese Absicht liegt jetzt klar zu Tage, und das Volk muß jetzt zwischen der Beibehaltung der Greenbacks, die von der Regierung ausgegeben und in ihrer Menge kontrollirt werden, und den Banknoten, die von den Nationalbanken ausgegeben und in ihrem eigenen Interesse kontrollirt werden, entscheiden.

Wichtige Nationalbank.

Wenn die Nationalbanknoten durch Regierungsschuldscheine (Bonds) sichergestellt werden sollen, so umschließt das von der republikanischen Partei jetzt verfochtene Geldsystem eine permanente (bauernde) Nationalbank, die mehr und mehr wachsen muß. Auch werden jene, die ihr Geld für sich arbeiten lassen, (financial classes) geneigt sein, ihren mächtigen Einfluß jeder Maßregel zuzuwenden, die darauf hinausläuft, die Nationalbank zu vergrößern und dauernder zu machen. Aber es ist wohl kaum anzunehmen,

daß das amerikanische Volk sich mit Ueberlegung von der bisherigen Politik, seine Schulden sobald wie möglich abzugeben, abwenden wird, um einer befähigten Schuldfäule (perpetual bonds) zuzustimmen.

Senatswahl durch das Volk.

Die Forderung eines Verfassungs-Amendments, welches die Erwählung der Senatoren direct durch das Volk vorseht, erscheint zum ersten Male in einer demokratischen National-Plattform; aber eine Resolution, die ein solches Amendement vorschlägt, hat nur schon dreimal das Repräsentantenhaus

passirt, fast ohne Opposition. Was immer vor einem Jahrhundert der Grund für die Annahme des gegenwärtigen Wahlmodus gewesen sein mag, neue Verhältnisse, die erwachsen sind, machen es notwendig, daß das Volk in die Auswahl der Senatoren direct eingreift. Ein Senator ist nicht weniger der Vertreter des Staates, weil er sein Mandat vom Volke direct anstatt von der Legislatur empfängt. Wenn der Wähler fähig ist, für die Abgeordneten des Congresses, die Staatsbeamten und den Präsidenten zu stimmen, so ist er auch fähig, einen Senator auszuwählen zu helfen. Eine Einrichtung, die den Senator dem Volke für seine Erwählung verantwortlich macht, muß sich Jenen empfehlen, die Vertrauen in die Einsicht und den Patriotismus der Massen haben.

Directe Gesetzgebung.

Die Plattform heißt das Princip der directen Gesetzgebung gut. Dieses Princip hat seine Anwendung bereits in den bedeutendsten Fragen der Bundes-, Staats- und Stadtverwaltung gefunden. Es beruht auf der Theorie, daß man dem Volke in seinen eigenen Angelegenheiten vertrauen darf und daß eine Regierung umso freier von Mißbräuchen und Ungerechtigkeiten ist, je mehr sie den Willen des Volkes zur Richtschnur ihrer Handlungen macht.

Regierung durch Einhaltsbefehle.

Während das als „Regierung durch Einhaltsbefehle“ bekannte Verfahren jetzt hauptsächlich gegen die Angestellten von Corporationen gerichtete ist, im Falle von Streitigkeiten mit ihren Arbeitgebern, schließt es ein Prinzip ein, das Jedermann betrifft. Der Zweck des Einhaltsbefehls in diesen Fällen ist, die Processierung durch einen Richter an die Stelle der Processierung durch Geschworene zu setzen. Es ist ein Schlag aus dem Hinterhalte gegen das Geschworenensystem. Die Abschaffung der Regierung durch Einhaltsbefehle ist aber so notwendig für die Erhaltung des Ansehens unserer Gerichte wie für die Verhütung der Siderheit unserer Bürger. Wenn die Criminalgesetzgebung nicht ausreicht für den Schutz des Eigenthums, so können sie verhängt werden; aber ein Bürger, der eines Verbrechens angeklagt ist, sollte immer von einer Jury von Seinesgleichen (peers) processirt werden.

Schwarze Liste.

Die schwarze Liste (Blacklist) wie sie jetzt vertheidigt wird, ist ein ungesetzliches Mittel, durch welches die Arbeiter ihrer Freiheit, über einen ungesetzlichen Zwang auf sie aus; denn der geschulte Arbeiter verliert seine Unabhängigkeit, wenn der Arbeitgeber ihn nicht nur entlassen, sondern auch verhindern kann, daß er anderweitig Beschäftigung erlangt. Die schwarze Liste setzt die Arbeitgeber in den Stand, durch ein gegenfeitiges Leberintommen über ihre Arbeiter eine Herrschaft auszuüben, die das Privatmonopol ohne ein solches Leberintommen ausübt.

Schiedsgerichte.

Die Plattform erneuert die Forderung der schiedsgerichtlichen Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Corporationen und ihren Angestellten. Niemand, der die Meinungen kennt, die zwischen großen Corporationen und ihren zahlreichen Angestellten entstehen, kann bezweifeln, daß es weise ist, einen unparteiischen Schiedsrichter für eine nach beiden Seiten (equitable) gerechte Schlichtung dieser Streitigkeiten zu errichten. Die Forderung der Schiedsgerichte sollte dem Publikum, das unter den großen Arbeitsstörungen und Lockouts zu leiden hat, ebenso nachdrücklich gestellt werden, wie den Arbeitern selbst und den Arbeitgebern. Die Einrichtung der Schiedsgerichte wird fruchtbarer Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herbeiführen und den wachsenden Gebrauch, das Militär zur „Schlichtung“ von Arbeiterunruhen herauszurufen, außer Gebrauch bringen.

Wahlreform.

Nicht stark genug kann ich die Wichtigkeit der Plattform-Empfehlung betonen, welche die Errichtung eines Arbeiterministeriums (Department of Labor) mit einem Mitglied des Cabinets an der Spitze vorseht. Wenn wir uns daran erinnern, eine wichtige Stelle der Arbeiter in unserem wirtschaftlichen, socialen und politischen Leben ausfüllt, so fällt es schwer, einen triftigen Grund gegen diese Anerkennung seiner Dienste für die Gesellschaft vorzubringen. Der Ackerbau hat bereits seine amtliche Vertretung im Cabinet des Präsidenten gefunden. Auch das Meer und die Marine haben ihre Vertretung darin. Sogar das Schachmat und die Wirthschaft des Innern, durch die der Präsident über die Handelsinteressen des Landes auf dem Lande gehalten wird. Ein Cabinetsbeamter, der die Interessen der Arbeiterschaft getreulich vertreten würde, wäre nicht nur von unschätzbarem Werthe für die Arbeiter selbst, sondern auch für den Präsidenten.

Wahlreform.

Der Ausschluß der Chinesen ist von Vorteil für das Land gewesen. Seine Aufrechterhaltung und strenge Vollstreckung sowie seine Ausdehnung auf andere, ähnliche Rassen sind unbedingt geboten. Der Ackerbau ist unerschütterlich von Amerikanern, daß er nicht in unserem Volke ausgehen kann; er ist deshalb ein unumgängliches Uebel für unser Völkergut, der aus dem Lande gehenden werden sollte. Seine vorübergehende Beschäftigung mit dem Ackerbau ist eine nationale Eigenthümlichkeit, die bewahrt, und seine niedrige Lohn- und Lebenshaltung beibehalten, ist ein ewiges Ungerechtigkeiten gegen unsere Arbeiter, wie eine Quelle

fortwährender Reibungen.

Vertheidigung.

Des Weiteren spricht sich Herr Bryan noch aus:

Für eine anständige Behandlung der Veteranen, die sich wirklich im Dienste des Vaterlandes verdient gemacht haben.

Für die Erbauung und ausschließliche Controllirung des Nicaragua-Canals. (Die Controllirung wird als notwendig erklärt zu unserer Sicherheit gegen feindliche Uebertrassungen).

Arizona, Neu Mexico und Oklahoma sollen sobald wie möglich zu Staaten erhoben und Porto Rico und Alaska die Territorial-Regierungsform gewährt werden.

Bezüglich Cuba wird erklärt, daß die republikanische Partei wohl ebenfalls die Unabhängigkeit der Cubaner ausgedehnt, daß es aber im Lichte der republikanischen Colonial-Politik fraglich sei, ob die Vertheidigung von dieser Seite ernst genommen werden könne.

Die Uebermäßigkeit des Westens sollte durch Verlesung des Andau eröffnet werden. Wenn nur ein kleiner Theil des Geldes, das jetzt für Krieg und Eroberung zum Fenster hinausgeworfen wird, für die Anlegung angemessener Verlesungswerke verausgabt würde, sagt Herr Bryan, so würde das mehr Menschenleben retten, als durch die Anheftung von Soldaten in tropischen Colonien getödtet werden.

Monroe Doktrin.

Die Monroe-Doktrin wird von Herrn Bryan in ihrem historischen Sinne betont und unterstützt und gegen die jetzige republikanische Auslegung derselben erklärt:

„Die Erklärung der republikanischen Führer, insbesondere des republikanischen Präsidentschaftscandidaten in dessen Annahmeschreiben, daß wir kein anderes Volk gegen auswärtige Einmischung schützen können, ohne unsere Souveränität über es auszuüben, ist ein directer Schlag in's Gesicht der Monroe-Doktrin, denn während dieses Argument jetzt gegen die Absicht gerichtet ist, den Filipinos ihre Selbstständigkeit unter unserer Schutze zu geben, so ist es doch auch anwendbar auf die Republik von Süd- und Central-America. Wenn unsere Republik einen anderen Republik nicht ihren Schutz leisten kann, ohne ihr Volk zu untertan zu machen, so müssen wir entweder unseren Schutz von den über-amerikanischen Republikanern zurückziehen, oder wir müssen sie in unser Gebiet einverleiben. ... Wenn wir den Filipinos unsere Souveränität aufheben, so haben wir dieselbe Souveränität mit Gewalt zu vertheidigen und machen uns die Filipinos zu Feinden; wenn wir sie aber gegen auswärtige Einmischung schützen, so werden sie sich selbst vertheidigen und unsere Freunde sein.“

Zum Schluß wird noch auf die ungebührliche Verschwendungswirtschaft der republikanischen Partei hingewiesen, die Einkommenssteuer befürwortet und erklärt, daß, so wichtig die innerpolitischen Fragen an sich auch sein mögen, doch keine von ihnen die augenblickliche Wichtigkeit der imperialistischen Frage besitzt. Diese sei und bleibe die hervorstechendste Wahlfrage der Campaigne.

Ob wir den Principien, die unsere Regierung vor allen anderen unterstützt, treu bleiben oder sie aufgeben sollen, ist eine Frage, die bald entschieden werden muß. Es ist leichter, einen guten Ruf zu verlieren, als ihn aufzubauen, und unsere Nation würde eine langwierige und mühselige Arbeit haben, seine stolze Stellung unter den Nationen wieder zu gewinnen, sollte sie je der Verlockung unterliegen, die vor unseren heroischen Verfeindern verfallen und durch eine glorreiche Vergangenheit geheiligen Grundzüge zu verlegen.

Offene Sprache.

Mit erschütternder Offenheit äußert sich H. C. Piquette, der republikanische Gouverneur Michigan's, über den verhängnisvollen Einfluß Mark Hanna's auf die republikanische Partei: „Mein ganzes Streben läuft darauf hinaus, meiner Partei zu helfen und daher glaube ich, daß unter den jetzigen Verhältnissen das Beste, was ihr postieren könnte, ein Sieg der demokratischen Partei in diesem oder einem der nächsten Jahre wäre. Mark Hanna und die Anderen von der Ohio Clique haben die republikanische Partei nahezu ruinirt, ich bin aber davon überzeugt, daß ihre besten Mitglieder, welche nur ihr Bestes wollen, ihrem Theil in schienen dem Amerikaner, daß er nicht in unserem Volke ausgehen kann; er ist deshalb ein unumgängliches Uebel für unser Völkergut, der aus dem Lande gehenden werden sollte. Seine vorübergehende Beschäftigung mit dem Ackerbau ist eine nationale Eigenthümlichkeit, die bewahrt, und seine niedrige Lohn- und Lebenshaltung beibehalten, ist ein ewiges Ungerechtigkeiten gegen unsere Arbeiter, wie eine Quelle

Die die Republikaner das Geld hinausschleusen.

„Eine Erinnerung an den cubanischen Truffreg.“

Herr Sprecher! Herr Cannon von Illinois deutete in seiner gestrigen Rede auf ein enormes Defizit in aller nächster Zeit hin, und darum scheint es mir am Platze, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Regierung während der letzten beiden Tage dem Lande leicht \$78,375 hätte sparen können.

Vor wenigen Tagen berichteten die Zeitungen des ganzen Landes über einen Unfall, daß ein Brigade-General unter regulären Armeefolgen des von dem höchstkommandirenden General der Armeefolgen haben soll: (Aus der Washington Times vom letzten Mittwoch). „Sein Mund liegt, er liegt im Herzen, er liegt durch die Pore seiner Haut und mit jedem Haare auf seinem Kopfe; er liegt vorwärts, überlegt, abschließend und tödtlich.“

Der Mann, welcher diese Worte ausbrachte, bekannte sich vor Gericht für die Ver. Staaten (McKinley) diese bescheidene Erklärung: „Am Kriegstage, zusammengeführt aus tüchtigen Offizieren von hohem Rang, hat den Angehörigen schuldig befunden, sich im höchsten Grade anständig gegen die gute Form und die Disziplin im Militärdienste vergangen zu haben, weshalb derselbe unwürdig ist, eine Stellung in der Ver. Staaten-Armeefolgen zu bekleiden.“

Nun, meine Herren, falls General Sherman, General Grant oder General Sheridan, welche dem Vaterlande bedeutende Dienste geleistet haben, einen Urlaub von über 30 Tagen verlangen könnten, ja, um eine Weile um die Welt zu machen, oder um militärische Einrichtungen anderer Länder zu studiren, welche Privilegien würden diesen Männern nach dem Befehle zugestanden worden sein? — Artikel 621 der Militär-gesetze gibt darüber genau Auskunft, es heißt so: „Aranken oder verunmündeten Offizieren, oder auch wenn geschwächt außer Dienst, soll ihr volles Gehalt gezahlt werden; wenn aber abwesend auf Urlaub wegen anderer Ursachen so sollen sie ihr volles Gehalt nur in dem Falle bekommen, wenn ihre Abwesenheit dem Dienste durchschneitlich 30 Tage im Jahre nicht übersteigt, ansonsten soll für die übrige Zeit nur halbes Gehalt erhalten.“

Also der verdienstliche Officier in der Armeefolgen der Ver. Staaten kann nur einen einmonatlichen Urlaub erhalten, wenn er sich nicht einen Urlaub der Hälfte seines Gehalts gefallen lassen will.

Nun, meine Herren, kommt der Präsident der Vereinigten Staaten, um diesen Brigade-General zu bestrafen, (oder richtiger gesagt, zu belohnen für sein anstößiges Betragen) und sagt zu ihm, was er nicht zu General Grant oder General Sherman hätte sagen können: „Ich gebe Dir 60 Tage Urlaub; fülle die Zeit aus, wie es Dir am besten paßt; Du kannst als Reiter für den Fleisch-Truff arbeiten, oder Deine Dienste der Autokratie und der Selbstmordtödtung; die Regierung der Ver. Staaten wird Dir jährlich \$5000 bezahlen.“

Dreihundertdreißigtausend Dollars müssen in den nächsten 60 Tagen vom Schatzamt ausgezahlt werden für einen Menschen, der sich der gemeinsten und größten Ehren-Verleumdung schuldig bekannt hat, welche in den Annalen der amerikanischen Armeefolgen, seit dem Aufbruch Washington's bis zur heutigen Zeit einzig dasteht. (Applaus von der demokratischen Seite.)

Das ist noch nicht Alles. Der General-Adjutant berichtet, daß der betreffende Brigade-General seine Pensionen für die letzten 60 Tage nach Ablauf dieses sechsmonatigen Urlaubs erreicht. Das bedeutet, hätte derselbe sein 64. Lebensjahr in fünf oder in vier Jahren erreicht, so würde dieser Urlaub sich eben nur auf fünf, resp. vier Jahre erstreckt haben.

Die ganze Angelegenheit ist so schlaun überlegt, daß der betreffende Brigade-General, kurz bevor er sein 64. Lebensjahr erreicht, wieder in der vollen Glorie mit den Spaulen des amerikanischen Brigadiers über Holzgerin darf, um nach Ablauf, von wenigen Tagen (Section 620) außer Dienst zu treten und die anständige jährliche Pension von \$4152 oder drei Viertel seines jetzigen Salärs zu beziehen.

Da die durchschnittliche Lebensdauer eines 64-jährigen Mannes noch 11 Jahre beträgt, so wird er aus unserer öffentlichen Schatzkammer während dieser Zeit noch \$46,375 ziehen; diese Summe, mit seinem Urlaubs-Gehalt von \$33,000 ergibt einen Totalbetrag von \$79,375, und das für einen Menschen, der die Unerschämtheit hatte, zu behaupten, daß der commandirende General der Armeefolgen ein Mann sei, der im Herzen liegt, dessen Mund liegt u. s. w., während Zeugen bewiesen, daß derselbe die einfache, nackte Wahrheit gesprochen; 50,000 Soldaten sind Zeugen, daß ihnen auf Veranlassung des betreffenden Brigade-Generals (Cogan) als Nahrung solches Fleisch gegeben wurde, welches den ersten Magen total verderben haben würde. (Applaus.) Jenes Fleisch verurtheilte unzählige Krankeheiten und Todesfälle, wofür die enormen Lobens-

listen in den Binouals unserer eigenen Staaten den besten Beweis liefern. Und dafür erhält der Mensch noch acht- und fünfzigtausend Dollars ausgezahlt! Diese Suspension vom aktiven Dienst ist so arrogant, daß diesem Manne, ohne irgend welche andere

Veranlassung, aus unserem öffentlichen Schatzamt \$78,000 ausgezahlt werden müssen! — Haben Sie je von etwas Derartigem gehört? — Gibt es einen einzigen Armeefolgen in aktiven Dienst, der eine derartige Strafe beanstanden würde? — Es giebt that-sächlich keinen Lieutenant, keinen Capitän, keinen Brigade-General, dem eine solche Suspension vom aktiven Dienst bis wenige Tage von seinem 64. Lebensjahre, um sich dann mit Dreiviertel seines regulären Gehaltes für die Dauer seines Lebens pensioniren zu lassen, nicht höchst willkommen wäre. Meine Freunde, es giebt keinen Abgeordneten in diesem Hause, welcher eine solche Strafe von \$5500 für die nächsten sechs Jahre und \$4125 für weitere elf Jahre, ohne irgend die geringste Dienstleistung, ablehnen würde. (Applaus.) Ebenfalls würde kein einziger der Senatoren, würden am anderen Ende des Capitols sich weigern, eine derartige Strafe über sich ergehen zu lassen. Ich glaube kaum, daß es einen Richter des höchsten Gerichtshofes giebt, welchem eine solche ungebührliche, unerhörte Strafe nicht außerst willkommen wäre.

Lassen wir uns Alle gleich morgen früh auf ähnliche Weise bestrafen! (Lächerlicher.) Hundstübchenlaufend dreihundert fünfundsiebzig Dollars als Strafe ausgezahlt zu erhalten, weil er dem höchstkommandirenden der Armeefolgen „einen Krieger aus jeder Pore“ geschimpft hat! — Nun, meine Herren, ich glaube, wenn er den Präsidenten der Vereinigten Staaten „einen Krieger aus seinem Hause in seinem Herzen und aus jeder Pore“ gesehen hätte, so würde er höchst wahrscheinlich wenigstens eine Million erhalten haben! (Lächerlicher.) Welcher Lieutenant in der Armeefolgen, dem dieser Bericht zu Gesicht kommt, wird nicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß der leichteste Weg zur Beförderung der ist, seinen Vorgesetzten einen Lügner zu nennen und sich dann solcher Disciplinirung und Straf-Ausheilung zu unterwerfen?

Ja wohl, meine Freunde, es ist in der That augenscheinlich, daß hier eine Belohnung erteilt wurde, einem Menschen, der die Ehre des Generals McKinley's Vertheidiger, aber ich möchte doch gern bemerken, daß derselbe Porto Rico erobert hat mit einem Verlust von nur drei Mann in neugezogenem Feldzuge; während er den Auftrag erhielt, ansonsten soll für die übrige Zeit nur halbes Gehalt erhalten.“

Wenn wir unsere Kriegespläne für ihre vorzüglichsten Dienste und zugleich für die Schonung des Lebens und die Erhaltung der Gesundheit unserer „Jungen“ belohnen wollen, so kommt gewiß General Miles in erster Reihe meines Denkes und Schicks. Wenn wir stolz sein wollen auf die Geschichte Amerikas, und wenn wir stolz zurückblicken auf unseren Andrew Jackson und seinen brillanten Sieg bei New Orleans, so müssen wir neben Andrew Jackson auch die Namen von Deven, Schlen und Miles nennen.

Das Gemel von Santiago war diesmal so bedeutend an Opfern, als man zuerst zu berichten wagte. Im ersten Rapport der Schlacht des ersten Tages wurde gesagt, daß nur 500 geblieben und verwundet wurden; am nächsten Tage waren's schon 1100, am folgenden sogar 1600 und endlich geblieben man, daß der ganze Verlust an Todten und Verwundeten bei Santiago sich auf 2000 belaufen würde, ohne der Tausende auch nur zu erwähnen, welche im Lager durch verfaulende Fleisch ihre Gesundheit einbüßten oder gar lebensgefährlich darnieder lagen.

Wahrheit ewig auf der Schachbahn! Falschheit ewig auf dem Thron! Es ist deshalb an der Tagesordnung, den General Miles zu befragen. Lassen Sie die Anquisition beginnen! Lassen Sie nur die Schmelzer über den Präsidenten reden, und mittlerweile thun Sie alles Mögliche, den höchstkommandirenden in das denkbar schärfste Licht zu stellen! (B. D. C.)

Aufgemerkt, Farmer!

Einer der deutschen Consuln in Argentinien schreibt an eine deutsche Handelszeitung in Berlin: „Niemand war die Weizen-Ausfuhr von Argentinien so groß wie dieses Jahr. Aus der letzten Ernte haben wir über 63,000,000 Bushel nach Europa geschickt und die Weizenkultur wird immer weiter gefördert. Die Ernte dieses Jahr, welche im December stattfinden wird, verspricht, daß wir im Stande sein werden, über 75 Millionen Bushel das nächste Jahr zu versenden.“

Das Weizengetreide von Argentinien ist nahe an der Rüste gelegen und es kostet somit nicht viel Geld für Eisenbahn-Fracht, aber die Seefrachten sind etwas mehr wie von den Ver. Staaten nach Europa.

Der Lohn für Arbeiter ist viel billiger als in den Vereinigten Staaten; die meisten Farmarbeiter sind Italiener und erhalten von fünfzig Centis bis einen Dollar den Tag.

Dies ist die Konkurrenz, die der amerikanische Farmer in der Weizenkultur hat.

Wo findet der Farmer seinen Schutz? Er verkauft sein Getreide auf den Welt- und freien Markt und laßt seine Bedürfnisse von den hoch beschützten heimischen Truffs. Aber der Farmer will es so haben, deshalb nimmt die große Mehrzahl das republikanische Zitel.

McKinley's Kriegserklärung.

Nach genauer Prüfung der Proclamation des Präsidenten (vom 21. Dezember 1898) und der Stimmung der Tagalen, mit denen ich täglich politische Probleme und die freundschaftlichen Absichten der Ver. Staaten ihnen gegenüber besprach, kam ich zu der Ueberzeugung, daß einzelne Wörter und Ausdrücke, wie z. B. „Souveränität“, „Recht der Abtretung“, „Protection“, u. s. w., eine eigentümliche Bedeutung haben, die ihrem Wohlgeraten überaus feindlich gegenüber stehen, und eine unzulässige politische Herrschaft bezeugen, die, von welcher sie vor Kurzem erst befreit wurden. Ich war deshalb der Meinung, daß ich berechtigt wäre, die Erklärung McKinley's Kriegserklärung an die Filipinos so abzuändern, daß die wohlwollende Absicht der Ver. Staaten-Regierung dem Verstande des Volkes klarer zum Bewußtsein gebracht würde.

„Und diesen Entschluß faßte ich um so fester, weil während der letzten paar Tage die Constitution der Regierung Aguinaldo's (so vortheilhaft) verändert worden war, daß dieselbe in Washington zur Zeit der Kriegserklärung noch nicht verstanden sein konnte.“ — General Otis' Bericht, Seite 66.

Aguinaldo beantwortete die Proclamation durch eine Gegenproclamation, in welcher er mit Entschiedenheit gegen die beanpruchte Souveränität der Ver. Staaten über die Inseln protestirte, welche in Wirklichkeit den Spaniern durch Gut und Blut seiner Vorfahren abgenommen worden seien, und er schalt mich, daß ich den Titel eines Militärgouverneurs annehme. Selbst die Frauen der Provinz Cavite erklärten mir in einer mit zahlreichen Unterschriften versehenen Zuschrift, daß sie bereit sind, ihr patriotisches Blut für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Landes zu vergießen, nachdem ihre Männer von uns alle umgebracht seien.“ — General Otis' Bericht, Seite 70.

„Die Folge davon war, daß unser Völkchen sein Uebel abwehrte; darnach eröffneten die Aufständigen in der Nähe von Santa Mesa ein lebhaftes Feuer auf unsere dort aufgestellten Truppen. Der Kampf wurde seitens der Aufständigen freudig bemerkt und von unseren Truppen durch einen kräftigen Angriff geführt.“ — General Otis' Bericht, Seite 96, 4. Februar 1899.

„Gerade vor der Zeit, welche dem Senat für die Abstimmung über den Vertrag vorgelegt war, wurde ein Angriff der offenkundig vorher vorbereitet war, auf die ganze amerikanische Front gemacht, der aber von uns mit großem und blutigem Verlust der Aufständigen zurückgeschlagen wurde.“ — Botenschaft des Präsidenten, Dezember 1899, Seite 40.

„So bedauerndwerth auch ein Krieg ist, so ist doch der Krieg, in den wir verwickelt sind, unermesslich. Wir wurden von einer kühnen, wagemuthigen und begünstigten Arme angegriffen.“ — „Vorläufiger“ Bericht der Philippinencommission.

„General Otis antwortete dem General Torres, welcher als Parlamentarier nach Manila gekommen und im Auftrag Aguinaldo's erklärte, daß der Streit zufällig entstanden sei, und die Filipinos sich zurückziehen würden, während der Friedensverhandlungen weiteren feindseligen Vorzügen, fünfer und streng, daß der Kampf, nachdem er einmal begonnen, nun auch bis an's bittere Ende durchgeführt werden müsse.“ — Brief-Intervju mit General C. M. Moore, welcher kürzlich von Manila zurückkehrte.

„Die Hauptführer der Aufständigen hatten zu dieser Zeit nicht die Absicht, feindseligkeiten zu beginnen.“ — General Otis' Bericht, 6. April 1899.

„Aguinaldo bittet nun um Aufschub der feindseligkeiten und um eine Unterredung; Antwort demselben.“ — General Otis' Telegramm, 9. Februar 1899.

„Vertauschte Rollen.“

Während die Demokraten, etwas spät, Flugzeug geworden sind, die freisprechend gegen die politischen Hintergründe zu stehen, um dort in Befreiung zu stehen, glauben die Republikaner sehr flug zu handeln, die genannte Frage um Aufschub zu machen, weil sie die Discussion der verunglückten Imperialpolitik der Administration scheuen.

(Daupen, Democrat, Unabh. Dem.)

„Hat da ein Mensch behauptet, Präsident Krüger unterliege Bryan's Campaign mit etwas mehr als zwei Millionen Pfund Sterling! Soll das nun Bryan's Sache überschreiben? Oder etwa Krüger's? Oder soll es daran erinnern, daß Herr McKinley sich England's Unterstützung auf Krüger's und der Transvaal-Republic. Kosten gesichert hat? (N. Y. Staatsz.)